



Vorsitzender:

Michael Lucke, Sperberstr. 2/1 72108 Rottenburg

Stv. Vorsitzende:

Erika Braungardt-Friedrichs, Windfeldstraße 6, 72072 Tübingen

Robert Hahn, Fröbelweg 1, 72108 Rottenburg

Geschäftsführer:

Dr. Dieter Schmidt, Holderweg 8, 72116 Mössingen

Weitere Fraktionsmitglieder:

Gabriele Class-Götz, Isoldenstraße 3, 72072 Tübingen

Rita Haller-Haid, Schwalbenweg 39, 72076 Tübingen

Petra Kriegeskorte, Am Weiherrain 2, 72138 Kirchentellinsfurt

Dr. Hans Rebmann, Bohlstraße 15, 72147 Nehren

Gerd Weimer, Eschenweg 21, 72076 Tübingen

Rede zur Verabschiedung des Kreishaushalts 2015

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts, verehrte Einwohnerinnen und Einwohner,

Als Sie, verehrter Herr Landrat, am 15.10. den Haushalt eingebracht haben, sprachen Sie davon, dass das diesjährige Haushaltsbuch von einem Horror-Roman Lichtjahre entfernt ist. Dabei erinnerten Sie mich aber an den Mann, der aus dem 20. Stock springt und beim 10. Stock angekommen, feststellt: Bis jetzt ist es ja gut gegangen.

Nachdem ich mich jetzt 40 Jahre mit den unterschiedlichsten kommunalen Haushalten beschäftige, gibt es für mich fast nichts mehr Neues unter der Sonne – aber wenn der Kreis ausweislich des Beratungsstandes vor dieser Sitzung fast 8 Mio. Euro mehr Kreisumlage erheben muss und dann noch fast 2 Mio. aus der Rücklage nehmen muss, dann ist das auch für mich und die ganze Fraktion natürlich ein Alarmsignal für die künftigen Jahre.

Da kann man ja fast Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen aus der FWV und der CDU haben, die mit fast kindlichem Trotz beantragt haben – ich übersetze mal frei – Ihr könnt alles machen, aber wir geben nicht mehr als 31,5 % Kreisumlage. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünschen kann man sich vieles, aber man muss so einen Wunsch in der Politik auch umsetzen können. Einfach zu sagen, na dem Landrat wird schon einfallen, wie er die fehlende Deckungslücke schließt und das soll er dann machen, führt irgendwann dazu, dass wir uns im Herbst über die gewünschte Kreisumlage verständigen und wir wieder zusammen kommen, wenn der Landrat das gewünschte Ergebnis abliefert. Damit verabschieden wir uns aber vom politischen Handeln.

Ja, die Gestaltungsräume für die Politik sind augenscheinlich sehr gering – wir streiten uns lustvoll darum, ob die Theater in Rottenburg je 5.000 Euro bekommen oder nicht, oder ob die Pfunzkerle und Tima mit ein paar Tausender stärker oder weniger stark unterstützt werden.

Die immer wieder von den Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite des Hauses so genannten Freiwilligkeitsleistungen, die immer den größten Teil unserer Haushaltsberatungen ausmachen, die aber nur für mit 2 Mio. Euro nur 1 % des Haushaltsvolumen des Haushalts stehen –, retten auch bei vollständiger Streichung den Haushalt nicht.

Mit dem Begriff „Freiwilligkeitsleistungen“ wird immer unterstellt, dass das Leistungen sind, die ausschließlich von unserem Wohlwollen abhängen, die man eigentlich nicht braucht und bei denen man, wenn schon nicht kürzen, zu dem wohl auch der politische Wille fehlt, aber die man deckeln kann. Dann gibt man dieses Mal für einen 3-Jahres-Zeitraum 8 % mehr an Zuschuss und fühlt sich dabei noch sehr großzügig. Dabei werden aber nur die Zuschüsse um 8 % erhöht, dabei steigen ja die gesamten Kosten mindestens um diesen Wert. In vielen Fällen macht unser Zuschuss nur ein Bruchteil der Kosten aus – mit dieser pauschalen Erhöhung stellen wir uns dann einfach nicht die Frage, wie die Institutionen die Kostensteigerungen für den übrigen Bereich abfangen können.

Bei der nächsten Runde der Zuschusserhöhungen bitten wir die Verwaltung, dass wir rechtzeitig miteinander darüber sprechen, wie die Rahmenbedingungen für die Fortschreibung der Verträge sind und dies nicht erst dann zu machen, wenn wir schon mitten in den Haushaltsberatungen sind. Wir werden dafür nächstes Jahr noch einen Antrag formulieren, so dass unser Wunsch in der Verwaltung nicht verloren geht.

Wenn also die Zuwendungen an Vereine und Institutionen nicht unseren Haushalt retten können und das Vorgehen der FWV und CDU beim Festsetzen des Hebesatzes ein untaugliches Mittel für eine Steuerung des Haushaltes ist, dann stellt sich die Frage, wie wir mit den auf uns zukommenden Belastungen der Finanzen in den nächsten Jahren umgehen wollen.

Und die werden sicher gigantisch sein – alle wollen mittlerweile die Regionalstadtbahn, nur alle drücken sich darum zu sagen, was wird es an laufenden Kosten ausmachen und was noch interessanter ist, wer wird die denn tragen. Damit Sie uns nicht falsch verstehen – wir als SPD wollen seit vielen Jahren die Regionalstadtbahn und wollen uns davon ganz und gar nicht verabschieden. Wir brauchen die Regionalstadtbahn auch nicht nur um die Verkehrsprobleme in den Städten des Oberzentrums zu mildern – nein, die Regionalstadtbahn brauchen wir auch, damit die Attraktivität der Wohnorte in der Fläche erhalten bleibt. Wer z.B. von Hirrlingen aus keinen Vorteil von der Regionalstadtbahn hat, wenn der Arbeitsplatz in Tübingen liegt, der wird dankbar dafür sein, dass von den Menschen, die die Regionalstadtbahn nutzen können, ein immer größer Teil auf die Bahn umsteigt und der Straßenverkehr vor Tübingen nicht endgültig zum Erliegen kommt.

Weiter steigen unsere Ausgaben durch die Inklusion, die man nun gar nicht nach Kassenlage regeln sollte, aber das Verschließen der Augen davor, dass wir hier eine gesellschaftliche Aufgabe haben, die noch lange erfüllt ist, und die auch noch einen erhöhten Mitteleinsatz erfordern wird, wird auch keine Lösung sein. Das Lob, das unserer Landesbeauftragte für die Menschen mit Behinderung, Gerd Weimer, am Freitag für die Arbeit des Landkreises beim Thema Inklusion fand, schmeichelt Ihnen Herr Landrat und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ist uns aber Verpflichtung auf den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen und die Situation der Menschen fortlaufend zu verbessern. Erfolg haben wir dann, wenn alle Menschen mit Handicap sich so toll integrieren, wie das unser Kreisbehindertenbeauftragter, Willi Rudolf, am Freitag so eindrücklich aus seiner eigenen Sicht schildern konnte.

Der demografische Wandel wird zwar gerne in Sonntagsreden angesprochen, aber es wird nur sehr unzureichend deutlich gemacht, dass die pflegebedürftigen Personen in Zukunft drastisch ansteigen werden, dass aber das Pflegepotenzial aus Familienangehörigen und professionellen Pflegekräften noch drastischer zurück gehen wird. Man kann sich leicht ausmalen, welche Belastungen da auf den Kreishaushalt in den nächsten Jahren warten. Hier müssen wir sicher in der Fortschreibung der Seniorenplanung baldmöglichst eine Antwort finden.

Für das Thema Flüchtlinge haben wir ja den Antrag gestellt, dass wir uns grundsätzlich mit allen Fragen der Unterbringungen, Betreuung und Eingliederung der Menschen in einem Flüchtlingsgipfel beschäftigen.

Das sind nur vier Aufgaben, die uns in den nächsten Jahren inhaltlich und finanziell hier im Kreistag beschäftigen werden, die Aufzählung kann beliebig fortgesetzt werden.

Zu hoffen, dass die Aufgaben mit einem gleichbleibenden Stand der Kreisumlage zu schaffen sein werden, dürfte sicher vergeblich sein. Und dies auch schon ohne große Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage.

Wie können wir dem begegnen? Einfach ist es immer, auf den Bund und das Land zu hoffen. Wobei man parteiübergreifend festhalten muss, dass sich die Hilfen des Bundes bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, bei der Eingliederung für Menschen mit Behinderung und bei den Flüchtlingen auf unseren Haushalt schon sehr positiv ausgewirkt haben. Zu hoffen ist natürlich, dass die noch nicht umgesetzten 4 Mrd. Euro, die den Ländern noch für die Eingliederungshilfe zufließen sollen, in den nächsten Jahren wirklich fließen und dass für das wieder aktuelle Thema der Flüchtlinge die Hilfen sich entsprechend dem Bedarf weiter entwickeln.

Einfach ist es auch, auf die unzureichende finanzielle Ausstattung des Staates zu verweisen und neue Steuern einzufordern. Ja, damit kann auch ich jedes Herz, das ja bekanntlich links sitzt, erwärmen – nur dummerweise sind wir hier im Haus nur für die grandiose Jagdsteuer zuständig. Und deren Aussetzung werden wir als SPD heute mehrheitlich noch ablehnen.

Aber wir haben natürlich auch eigene Hausaufgaben.

Ein Thema ist die Kinderarmut. Wir müssen alles versuchen, dass Kinder, die aus benachteiligten Haushalten kommen, ihre Chancen bekommen, ein selbstbestimmtes Leben zu gestalten, das ihnen ermöglicht, die bestmögliche Ausbildung bekommen und den für sie gewollten Beruf ergreifen können. Damit helfen wir entscheidend dabei mit, dass die künftigen Generationen nicht mehr auf Sozialleistungen angewiesen sind. Dafür haben wir den Antrag gestellt, die Erfahrungen der Stadt Tübingen bei dem entsprechenden Projekt anzuschauen und die Übertragung auf den Landkreis zu prüfen.

Und wir sollten bei dem immer größer werdenden Thema Flüchtlinge nicht nur die ohne Zweifel vorhandenen Sorgen um die Unterbringung und die Betreuung bearbeiten, sondern uns die Frage stellen, wie können die Flüchtlinge auch unsere Gesellschaft bereichern, wie können wir sie baldmöglichst sprachlich, kulturell und mit einer für sie sinnvollen Beschäftigung integrieren. Denn zu hoffen, dass die Flüchtlinge bald wieder gehen, wird sich genauso nicht erfüllen, wie sich schon in den 60-Jahren die Vorstellung verflüchtigt hat, dass Gastarbeiter nur als vorübergehender Arbeitsfaktor gebraucht werden. So wie damals Arbeiter kamen, aber als Menschen blieben, was unsere Gesellschaft sichtbar voran gebracht hat, so werden auch die Flüchtlinge der heutigen Zeit viele unsere Probleme hinsichtlich der Alterung der Gesellschaft und der fehlenden Fachkräfte reduzieren helfen. Damit wir auch hier im Landkreis möglichst effektiv von den Flüchtlingen profitieren können und um ihre Integration möglichst problemlos zu ermöglichen, haben wir den Antrag gestellt, dass wir uns auch hier im Landkreis mit dem Thema grundsätzlich beschäftigen.

Als dritten über den aktuellen Haushalt hinausgehenden Antrag fordern wir, dass sich der Landkreis intensiv mit dem Thema Kultur beschäftigt. Kultur kommt, außer mit tollen Ausstel-

lungen und der guten Arbeit von Herrn Sannwald, hier immer nur als Kostenfaktor zur Sprache. Dabei würde es dem Landkreis gut anstehen, dass er sich fragt, was ist eigentlich seine Aufgabe im Bereich Kultur, soll er nur als Geldgeber auftreten, oder ist er auch als Partner der Städte und Gemeinden und der Kultureinrichtungen gefragt. Kultur findet natürlich in sehr großer Vielfalt in allen Kommunen des Landkreises statt. Da sind natürlich zuerst die Gemeinden vor Ort als Partner gefragt, diese Rolle wird auch gut ausgefüllt und soll auch vom Landkreis nicht angetastet werden.

Aber es gibt natürlich viele Einrichtungen von gemeindeübergreifender Ausstrahlung und da ist schon die Frage berechtigt, wie kann der Landkreis hier seiner Ausgleichsfunktion nachkommen, damit auch die Interessen der Gemeinden, die keine große Kultureinrichtung haben, berücksichtigt werden können. Man kann natürlich der Meinung sein, Kultur hat im Landkreis keinen Platz und man soll alles so lassen wie bisher. Dann sind wir aber der Meinung, dass man nicht immer wieder Stellvertreterkriege in den Haushaltsberatungen führen sollte und da um jeden Euro feilscht. Wir möchten deshalb, dass sich der Kreistag - wie er es schon mal vor 21 Jahren gemacht, aber dann wohl vergessen hat – mit der Frage einer Kulturkonzeption beschäftigt. Die vielen Engagierten in dem Bereich der Kultur sollten es uns wert sein, dass wir uns wieder mal mit diesem Bereich intensiver befassen. Vielleicht kann dies ja die zukünftigen Haushaltsberatungen vereinfachen.

So und dann sind als größter Brocken des Haushalts die ständig steigenden Aufwendungen im Sozial- und Jugendbereich. Das ist eine richtige Black Box. Die auch dadurch nicht aufgeheilt wird, wenn bei der Raschelstunde in buchhalterischer Weise von den Mitarbeiterinnen des Sozial- und Jugenddezernats die zahllosen Haushaltsstellen referiert werden, die sich gegenüber dem letzten Jahr verändert haben. Entscheidend ist doch, was sind die steuerungsrelevante Kennzahlen, wie verändern die sich und was könnte das politische Gremium dazu beitragen. Solange wir als Kreistag dieser Black Box relativ hilflos gegenüber stehen, solange werden wir entweder mit hilflosen Anträgen zur Reduzierung der Kreisumlage reagieren oder die Entwicklung der Kreisumlage mehr oder weniger erfreut als Zuschauer begleiten können. Gestaltung sieht anders aus. Deshalb muss die Transparenz dieses alles entscheidende Blocks der Ausgaben erhöht werden. Hierüber müssen wir uns im nächsten Jahr verständigen, was kann die Verwaltung zur Transparenz beitragen und welchen Informationsbedarf haben wir als Kreistag, damit wir die Verantwortung für diesen entscheidenden Bereich auch tragen können.

Die SPD-Fraktion bedankt sich für Arbeit der Verwaltung zu diesem Haushalt und wird ihm heute zustimmen.